

Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission zum Budget 2018

Auftrag

Am 14. September 2017 wurde das Budget 2018 durch HAL Joseph Hammel der FIREKO vorgestellt. Gemäss Gemeindegesetz §158 Absatz 1 ist die Rechnungsprüfungskommission beauftragt das Budget zu begutachten.

Vorgehen

Das Budget 2018 wurde zwecks Analyse und Plausibilisierung dem Wirtschaftsprüfungsunternehmen BDO übergeben.

Die FIREKO bildete drei Subkommissionen, welche sich vertieft mit einzelnen Bereichen des Budgets stichprobenartig auseinandersetzte.

Ein Fragekatalog zuhanden der Gemeindeverwaltung wurde erstellt und am 29. September 2017 eingereicht. Entsprechende und weitgehend zureichende Antworten erhielt die FIREKO am 20. Oktober 2017.

Die Analyse der Information beruht auf der Plausibilisierung der Planungsannahmen sowie einer Analyse der erheblichen Abweichungen zu den vorjährigen Zahlen.

Prüfungsergebnisse Budget 2018

Ergebnis

Das Budget 2018 rechnet mit einem Aufwandüberschuss von CHF 2.269 Mio. und fällt somit um CHF 0.957 Mio. schlechter aus als das budgetierte Ergebnis im Vorjahr. Dieser Aufwandüberschuss entspricht etwa 4.2% der geplanten Steuereinnahmen der natürlichen Personen (1% entspricht CHF 0.536 Mio.).

Im Vergleich mit der Rechnung 2016 erwartet das Budget 2018 CHF 3.877 Mio. weniger Ertrag und rechnet mit einem verminderten Aufwand von CHF 1.115 Mio., was einem Mehraufwand von CHF 2.762 Mio. entspricht, also 5.2% der geplanten Steuereinnahmen der natürlichen Personen.

Gegenüber der Rechnung 2016 wird eine Senkung der Fiskaleinnahmen von CHF 7 Mio erwartet. Zwar erwartet die Konjunkturstudie von BAK Economics Basel eine Wachstumsrate von 4.5% doch dies erscheint zu optimistisch und so wurden 3% eingesetzt. So ergeben sich folgende Prognosen

Angaben in CHF	2015	%	2016	%	2017	%	2018
Einkommenssteuer	44'267'368	1.5	44'931'379	2.0	45'830'006	3.0	47'204'906
Vermögenssteuer	5'288'908	-2.2	5'172'552	3.2	5'338'074	5.6	5'637'006

Dass sich trotz dieser Zuwachsrate ein Minderertrag gegenüber der Rechnung 2016 von CHF 7 Mio ergibt liegt an der Besonderheit des Jahres 2016. in welchem ausserordentlich hohe Vorjahressteuern eingenommen wurden

Entgelte – Rückerstattung Dritter

Die gegenüber der Rechnung 2016 um CHF 0.843 Mio höheren Beiträgen sind aufgrund des Anstieges der Sozialhilfekosten und der damit zu erwartenden höheren Rückerstattungen in der Höhe von CHF 0.55 Mio budgetiert.

Transferertrag-Beiträge vom Gemeinwesen und Dritten

Die grösseren Abweichungen zum Rechnungsjahr 2016 sind

1. Feuerwehrverbund CHF 0.655 Mio
2. Tagesschule CHF 0.344 Mio
3. Finanz- und Lastenausgleich CHF 0.222 Mio

Diese Zunahmen sind plausible, da seit 2017 der neue Feuerwehrverbund besteht, zunehmende Schülerzahlen auch ein Wachstum der Tagesschule erwarten lassen. Neu leistet der Kanton Kompensationen mit der Einführung der EL-Obergrenze im Jahre 2017 und des 6. Schuljahres im Jahre 2015. Beide Beiträge entsprechen der Zunahme dieser Altersgruppen.

Aufwand

Deutliche Änderungen gegenüber der Rechnung 2016 lassen sich in den meisten Bereichen beobachten:

Finanzen und Steuern reduziert den Aufwand um CHF 12.169 Mio, was sich mit den ausserordentlichen Pensionskassenbeiträgen (CHF 7.4 Mio) als auch der Abschreibung des PK-Bilanzfehlbetrages (CHF 4.7 Mio) im Jahr 2016 erklärt.

Bildung erhöht den Aufwand um CHF 5.221 Mio. Zwei zusätzliche Primarschulklassen und die Abschreibung auf den Neubau des Gartenhofschulhauses als auch auf die IT-Kosten der Schulen. Es ist auch zu vermerken, dass die durchschnittliche Klassengrösse bei Kindergärten auf 18 (Richtwert 21) und bei Primarklassen bei 20 (Richtwert 22) ist.

Soziale Sicherheit erhöht den Aufwand um CHF 2.847 Mio. Die Einführung einer EL-Obergrenze für die Hotelleriekosten bei Alters- und Pflegeheimen ergibt für Allschwil eine neue, wiederkehrende Belastung von etwa CHF 1.6 Mio. Die prognostizierte Entlastung der EL-Beiträge wird erst im Folgejahr eintreten. Außerdem steigt die Anzahl der Sozialfälle, was auch eine Erhöhung der administrativen Kosten nach sich zieht.

Öffentliche Sicherheit erhöht zwar nominell den Aufwand um CHF 1.010 Mio, doch dies ist aufgrund der Einführung des Feuerwehrverbundes und kompensiert sich mit dem ebenso erhöhten Ertrag.

Gesundheit steigert den Aufwand um CHF 0.945 Mio, was sich vor allem mit dem Anstieg der Pflege normkosten erklärt. Der Kostenanstieg beträgt im Kantonsdurchschnitt CHF 28.60.

Allgemeine Verwaltung erhöht den Aufwand um CHF 0.750 Mio. Nebst dem Erfahrungsstufenanstieg als auch den Mehrkosten im Bereich Unterhalt materieller Anlagen sind für 2018 neu die Protokollierungskosten von Kommissionssitzungen (TCHF 36) und die Wiederabgabe von REKA Checks an Mitarbeiter (TCHF 25) an der Erhöhung beteiligt.

Beurteilung

Das Wachstum der Gemeinde zeichnet sich in einem stabilen und kontinuierlichen Wachstum der Steuerkraft. Doch der durch das Wachstum verursachte Aufwandsanstieg übersteigt dasjenige der Steuerkraft:

- Die steigenden Schülerzahlen sowie die Abschreibungen auf das Schulhaus Gartenhof
- Die steigende ältere Bevölkerung und die steigenden Pflegenormkosten
- Der Anstieg der materiellen Hilfe als auch die Einführung der EL-Obergrenze

Auch dieses Jahr ist die Gemeinde mit einem strukturellen Defizit von rund CHF 2 Mio konfrontiert. Die im Leitfaden deklarierte Zielsetzung eines Wachstums der Gemeinde auf 23'000 Einwohner lässt keinerlei Verminderung der Faktoren für den Anstieg des Aufwandes erkennen. Gleichzeitig lässt sich aber auch kaum prognostizieren, dass die Steuerkraft deutlich an Wachstum zulegen kann.

Empfehlungen

Grossen Einfluss auf die Entwicklung des strukturellen Defizits hat die demographische Entwicklung der Gemeinde. Eine vertiefte Analyse dieser demographischen Entwicklung und ihrer finanziellen Auswirkungen könnten bessere Planungsgrundlagen liefern und bessere geeignete Steuermassnahmen erlauben.

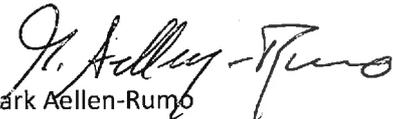
Antrag

Die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission beantragt dem Einwohnerrat:

1. Das Budget 2018 für die Einwohnergemeinde Allschwil wird genehmigt.
2. Den Steuersatz für die Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen wird auf 58% der Staatssteuer festgelegt.
3. Die Steuersätze für die juristischen Personen werden wie vom Gemeinderat im Bericht Nr. 4332 aufgeführt festgelegt.

Die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission hat diesen Bericht am 9. November 2017 im Zirkularverfahren genehmigt.

Allschwil, den 9. November 2017
Für die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission


Mark Aellen-Rumo
Präsident


René Imhof
Vizepräsident

Teilnahme an der Sitzung:
Aellen Markus, Mollat Jerome, Imhof Rene

Abwesend:
Adam Philippe, Balsiger Sonjic Rahel, Meisel Maja, Morat Niklaus